

**VEREIN FÜR FAMILIENGÄRTEN UND
GESUNDHEITSGEMÄßE ERZIEHUNG DER JUGEND -
BERLIN e.V. *GEGR.1893***

PROTOKOLL DER GESCHICHTE

**Aus den Protokollbüchern des Neuanfangs
12.05.1945 bis 23.02.1958**

Anlässlich des 110. Gründungsjahres des Vereins 2003

Bearbeitet von Ingrid Hanisch (Parzelle 100) bis Juli 2003

Dank der vorliegenden Protokolle erhalten wir einen interessanten Einblick zu Vorgängen, Problemen, Diskussionen und Beschlüssen des Vereins, dadurch eröffnet sich ein Blick auf das Wirken des Vereins im Zusammenspiel von Politik, Gesellschaft und privaten Interessen.

"Zusammenarbeit im Verein ist Stärke unserer Organisation und auch Kampf um die Einheit der Deutschen Demokratischen Republik"
(aus dem Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden des Vereins "Familiengärten" - 17.4.1955)

Das Ende des 2. Weltkrieges war kaum verkündet, trafen sich bereits am **12. Mai 1945** die Kameraden des Vereins, um das Leben wieder neu zu ordnen.

1. VORSTAND UND MITGLIEDER

"Von der Bezirksverwaltung Heinersdorf werden Mitglieder kommissarisch für die Kolonie 'Familiengärten' eingesetzt" (12.5.1945)

Zu den ersten Aufgaben des kommissarischen Vorstandes gehörte zunächst das Erfassen von Pächtern und Vereinsmitglieder. Alle Vereinsunterlagen fehlten, die hatte der vorherige Vereinsleiter Robert Kappstein mitgenommen, als er und mit ihm weitere 14 'Nazi-Mitglieder' innerhalb von 24 Stunden Häuser und Anlage auf Beschluss der Vereinsmitglieder verlassen musste. So machte sich eine Neuerfassung bis zum 10. Juni notwendig. Die frei gewordenen Lauben wurden an ausgebombte Vereinsmitglieder, an Opfer des Faschismus oder an vom Wohnungsdezernat Zugeteilte vergeben. Ihnen gewährte man die Abzahlung in Raten. Urbar gemachte Parzellen wurden verlost.

"Jetzt haben die Mitglieder die Gelegenheit, wenn sie mit den aufgestellten Kandidaten nicht zufrieden sind, neue Vorschläge zu machen." (22.6.1945)

Am 12. Mai 1945 übernahm Kurt Hoffmann die Vereinsleitung, Franz Wacker die Stellvertretung und acht weitere wurden Vertrauensmänner. Zur 1. Hauptversammlung am 22. Juni 1945 wurde Kurt Hoffmann offiziell zum 1. Vorsitzenden gewählt, der 2. Vorsitzende wurde Ludwig Krause, Kassierer Franz Kroll und Schriftführer Gerhard Wacker.

Am 28. Juni 1945 wurde der Anschluss an die Bezirksgruppe beschlossen. Am 6. März 1946 kam es zum Eklat bei der Wahl des Bezirksobmanns für Heinersdorf, der früheren Funktion des Revierobmanns. Weil dieser von den Vertrauensmännern statt von den Mitgliedern gewählt wurde, musste die Wahl wiederholt werden. 1947 begann der Neuaufbau des Bezirksverbandes Pankow und im Mai 1955 der Aufbau der Organisation in Kleingartensparten, dem späteren Verein für Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter.

Obwohl es im Laufe der Amtszeiten des 1. Vorsitzenden Hoffmann wiederholt zu harter Kritik und Auseinandersetzungen wegen dessen autoritärer, unkollegialer Art kam und ihm eigene Unregelmäßigkeiten vorgeworfen wurden, wählten ihn die Vereinsmitglieder jährlich bis einschließlich zum Ende der Protokollaufzeichnung 1958 immer wieder in diese Funktion. Mit ihm organisierte sich eine Gruppe aktiver Kameraden, die sich über viele Jahre hinweg in wechselnden und teilweise mehrfachen Funktionen für das Vereinsleben und seine Geschäfte mit großen Anstrengungen, unentgeltlich bzw. mit gering entschädigten persönlichen Leistungen engagierten. Weitere Aktive waren u. a. Franz Wacker, Josef Pohl, Walter Walpuski, Bertold Krause, R. Wyrzykowski, Hermann und Karl Schmidt und die Kameraden Buchholz, Scholz, Zinke, Schütz, Richter und Matschke. März 1948 wurden bereits 31 Funktionäre für den 1. und 2. Vorsitzenden, 1. und 2. Kassierer, 1. und 2. Schriftführer, Kassenrevisoren, Wasser-, Gartenbau-, Kleintier- und Elektroobmann, Brandkasse, Vergnügungsausschuss, Spielleiter und Abschätzungskommission gewählt. 1952 erweiterte sich der Funktionärsstab um noch weitere 20. Die Kulturkommission wurde auf 8 verstärkt, 1 zusätzlicher Gartenobmann, 1 Arbeitsdienstleiter, 5 für die Abschätzungskommission, 3 für die Ehrendelegation, 4

für das Friedenskomitee, 2 Delegierte zum Bezirksverband, 3 in der Sozialkommission, 1 für die Wirtschafts-Genossenschaft, 2 Verantwortliche für den Brandschutz und 6 Straßenobleute.

Frauen waren vorrangig als Straßenobleute, im Vergnügungskomitee und als Jugend- und Frauenleiterinnen tätig. Im April 1950 kritisierte die Frauenleiterin des Bezirksverbandes die mangelhafte Mitarbeit von Frauen und warb für mehr Beteiligung im Vorstand.

"In Zukunft Kollege statt Kamerad" (08.5.1949)

Grundsätzlich war die Vereinsmitgliedschaft an die Bewirtschaftung einer Parzelle gekoppelt. Ab 1948 konnten Eheleute ihre Gleichsetzung mit je einer Unterschrift im Vertrag dokumentieren, um dann im Falle einer Scheidung den Verbleib auf der Parzelle regeln zu können. Ab Juni 1950 wurde bekannt gegeben, dass in Zukunft beide Partner - auch bei Kameradschaftsehen - den Pachtvertrag unterschreiben. 1954 stellten Frauen vermehrt Anträge zur Aufnahme als zweites Vereinsmitglied.

Ab 1950 mussten sich neue Pächter erst dem Vorstand zur Prüfung vorstellen, ehe sie in den Mitgliederversammlungen zur Neuaufnahme vorgeschlagen und bestätigt werden konnten und nur 1 Stimme pro Parzelle war zur Wahl berechtigt. Neue Vereinsmitglieder sollten die Beschlüsse der Mitgliederversammlung unterschreiben.

Mitgliedskarten wurden 1956 durch Mitgliedsbücher abgelöst, die für die Pachtzahlung und für Belange im Bezirksverband vorgelegt werden mussten.

Am 9. März 1947 wurden Ludwig Krause und Heinrich Bartlog zu Ehrenmitgliedern des Vereins und erhielten am 27.10.1957 Ehrenurkunden zur 40-jährigen Mitgliedschaft und den Dank für ihre Vereinstätigkeit.

"Das Vereinsheim soll nur friedlichen Zwecken zur friedlichen Gemeinschaftsarbeit dienen"
(zur Einweihung des neuen Vereinsheimes, 30.8.52, Vertreter des Zentralverbandes)

Die häufigen Vorstandssitzungen fanden in der Vereinslaube oder im Wohnzimmer eines Vorstandsmitgliedes statt. Für die jährlichen General- bzw. Hauptversammlungen reichte die Vereinslaube oft nicht aus, man versammelte sich im Heinersdorfer Krug oder im Vereinsheim "Nordland". 1949 wurde der Vorschlag vom Gastwirt Teichelmann zum Neubau eines Vereinsheimes aufgenommen und beschlossen, mit vereinseigener Überschusserwirtschaftung von den Vereinsfesten und Umlagen den Bau selber zu finanzieren und in Gemeinschaftsarbeit zu erbauen. Die ursprünglich dafür vorgesehene Laube musste 1946 wegen fehlender Baumaterialien und zunehmendem Verfall abgerissen werden. Die im Oktober 1950 eingereichten Baupläne beim Bauamt Buchholz lagen im November beim Magistrat vor, im Januar 1952 wurde der Vereinsheimbau offiziell genehmigt und im März konnte bereits Richtschmaus gehalten werden. Karl und Heinz Burkhardt deckten die Dachfläche kostenlos ein. In der ersten Mitgliederversammlung im neuen Vereinsheim im Juni 1952 wurde die geringe kollektive Zusammenarbeit beim Aufbau des Heimes kritisch bemerkt und die zukünftige Ausschmückung des Heimes mit Vereinsbanner, Fahnen und Bildern der Staatsmänner beschlossen. Am 30. August 1952, nach 59 Jahren, war die festliche Einweihung des neuen Vereinsheimes mit einem Kulturprogramm der Jugendgruppe und Reden von Vertretern des Bezirks- und Zentralverbandes sowie von Vereinsmitgliedern. Beim Wettbewerb für das beste Kulturheim im November 1953 wurden fehlende Sport- und Spielgeräte bemängelt, die 30 DM-Prämie diente zur Anschaffung neuer Tischdecken.

"Jedes Mitglied ist laut Statut zur Teilnahme an den Versammlungen verpflichtet." (28.6.1952)

An den Haupt- und Generalversammlungen nahmen zunächst die Vereinsmitglieder sehr zahlreich teil, in den monatlichen Mitgliederversammlungen schwankten die Teilnehmerzahlen. Später konnte wegen schwacher Besucherzahlen manches Mal erst verspätet begonnen oder Beschlüsse nicht gefasst werden.

"Der Schriftführer forderte nun den Vorsitzenden öffentlich zur Unterzeichnung der von den Mitgliedern anerkannten Protokolle auf." (13.10.53)

Protokolle wurden vom Schriftführer oder einem Vertreter im Zeitraum von 1945 bis Februar 1958 in zwei fortlaufenden Büchern niedergelegt. Sie wurden in den nachfolgenden Mitglieder- oder Hauptversammlungen verlesen, diskutiert, korrigiert, genehmigt und vom Vorsitzenden unterschrieben. Nachdem es im Juni 1949 zu Streitigkeiten zwischen dem Vorsitzenden und dem 1. Kassierer kam, wurde festgelegt, auch über alle Vorstandssitzungen Protokoll zu führen, um Missverständnissen zu begegnen. 1952 bat ein Vereinsmitglied um das Vermeiden von Fremdwörtern in den Protokollen.

"Da es keine Verträge gibt, wird vorläufig ein Schein ausgegeben, wer keinen Verlängerungsschein erhält, kann sich als gekündigt betrachten." (22.9.45)

Die Anlage Familiengärten wurde zunächst ausschließlich vom Vorstand des Vereins eigenverantwortlich verwaltet. Zum 31. Dezember 1947 verloren die alten Pachtverträge ihre Gültigkeit, neu Ausgearbeitete erst 1949 ausgegeben, wurden bereits 1950 durch Unterpachtverträge zur Überlassung von Parzellen abgelöst.

"Jeder Kamerad dankte für das Vertrauen und versprach mit aller Kraft (...) dem Verein wieder das zu geben, was vor 1933 war." (22.6.45)

Im Juli 1947 meldeten '5 Gründer', die Vorstandsleute K. Hoffmann, F. Kroll, K. Hanke, K. Scholz und R. Wyrzykowski den Verein neu an. April 1950 lehnten die Mitglieder einen Vorschlag zur Vereinsgruppenauflösung ab. Ab dem 2. September 1951 durfte in der Anschrift der Anlage "Familiengärten" das e. V. (eingetragener Verein) nicht mehr verwendet werden.

"Gute Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt wurde gelobt. Mit dem Grundbuchamt läßt die Zusammenarbeit zu wünschen übrig." (10.4.1950)

An den Bezirksverband wurde im Juli 1947 eine neue Bestätigung als "Dauerkleingärten mit Heimstätten" gestellt, im April 1950 lag noch keine Bestätigung als Dauerkolonie vor.

"Es gibt keinerlei Vereinsstatuten, die heute noch gültig sind, lediglich die Satzungen des Bezirks- und Zentralverbandes" (Koll Rektor zur Angelegenheit Schlichtung, 24.8.1950)

Stets wurden in den Vereinsversammlungen nach Vorschlägen und Diskussionen Beschlüsse gefasst, die auf das Vorhandensein einer gültigen Satzung schließen lassen. Am 20.03.1949 wurde eine Änderung des Statuts wegen der Vorauszahlungen für Pacht und Baumspritzungen beschlossen. Bis zum 13. September 1953 bestätigte die Versammlung ein überarbeitetes Statut.

"Einstimmig wurde angenommen, daß der Pächter ... gekündigt wird, da er mit der Pacht im Rückstand ist und seine Parzelle nicht bearbeitet hat, die Kündigung wird durch den Vorstand bekanntgegeben. (27.10.45)

Pachtsäumigen und Mitgliedern, die ihre Parzellen unsauber hielten, dem Arbeitsdienst trotz mehrmaliger Aufforderungen nicht nachkamen oder in anderer Weise gegen die Vereinsregeln verstießen, wurde umgehend vom Vorstand gekündigt. 1950 durfte Dauerbewohnern erst gekündigt werden, wenn vom Wohnungsamt Wohnraum zur Verfügung gestellt war, 1951 erst nach der regulären Vegetationszeit, 1954 galt Mitspracherecht der Pächter und staatlicher Stellen, die Unterpächter durften nicht mehr nur vom Vorstand von den Parzellen verwiesen werden. September 1956 regelte ein Verordnungsblatt Kündigungen von Mitgliedern, 1957 gab es bei der Räumung von Gartenanlagen Flächenersatz für die Pächter.

2. FINANZPOLITIK

"... war sich der gesamte Vorstand einig, dass eine Nazieinrichtung z. B. Wohnlaubengebühr, welche die Mitglieder belastete, abzuschaffen, dafür aber wurde ein Sozialfonds gegründet, der allen Dauerbewohnern in der Notlage zugute kommt..." (23.6.1945)

Ab dem 1. Juni 1945 wurden wieder für die Parzellen Pacht, Wohnlaubengebühr für die Dauerbewohner, Beiträge u. a. für die Sterbefallkasse, Wassergebühren und Umlagen erhoben. Der Vorstand beschloss im Juni 1945, statt der politisch belasteten Wohnlaubengebühr die Gründung eines Sozialfonds für die Dauerbewohner. Rentner ab dem 65. Lebensjahr wurden von der Wohnlaubengebühr befreit. 1949 beantragte man die Abschaffung der Wohnlaubengebühr in Pankow und 1950 unterstützte der Bezirksverband den Antrag, im September 1956 wurde dann die Abschaffung der Wohnlaubengebühr verkündet.

Alte Forderungen, die ihre Gültigkeit auch noch vor 1945 behalten hatten, lagen von Hypothekengläubigern im März 1947 dem Verein als Schriftsatz vor. Verhandlungen des 1. Kassierers mit dem Finanzamt ergaben für 1947 günstige Grundsteuern. Kostengünstige Abschlüsse von Haftpflichtversicherungen für alle Pächter wurden im April 1949 beschlossen.

"Die Brandschutzkasse der Kleingärtner besteht weiter." (18.6.50)

Die meisten Gebäude auf den Parzellen bestanden aus Holz, die einer hohen Brandgefahr ausgesetzt waren. Es ist zu vermuten, dass der Beschluss vom Juli 1955 zur 5 DM-Einmalzahlung rückwirkend für 54/55 für jeden Parzelleninhaber, der massiv baut, der Brandgefahr entgegenwirken sollte. Eine Abschätzung der Häuser im Dezember 1945 machte sich für die Brandversicherung notwendig. Die bis zum Oktober 1950 bestehende vereinsgeführte Brandkasse wurde aufgelöst und durch eine neue, nach dem Wert des Gebäudes abgestufte, ersetzt. 1951 vermittelte der Bezirksverband Feuerversicherungen, die 1956 von einer kollektiven abgelöst wurde. Brandschutzobleute hatten für die Brandkasse und Kontrolle der Feuerstätten zu sorgen. 1958 gab der Kreisverband in einem Rundschreiben die Zunahme von Laubenbränden wegen fehlerhafter Brandstätten bekannt.

"Nach unserer letzten Information hat auf der ganzen Kolonie bis zum heutigen Tage noch keiner die Baugenehmigung, ..." (29.10.1946)

Seit 1950 musste eine amtliche Bestätigung für Bauten mit dreifacher Bauzeichnung beigebracht werden. Geplante Bauten für 1951 mussten bis August 1950 beim Buchholzer Bauamt wegen der Planung gemeldet werden. Ab 1954 wurde vom Bauamt der Abriss wilder Bauten verkündet. Nach

der Kreisdelegiertenkonferenz 1957 waren nur noch Laubenbauten bis 24 m² gestattet. Neu- oder Anbauten mussten dem Vorstand gemeldet werden.

"...dem 1. Kassierer heftigste Vorwürfe gemacht, er hätte die Auszahlung der Umlage früher zahlen müssen, so daß die Währungsreform nicht hätte dazwischen kommen können." (18.7.48)

Die Währungsreform 1948 führte zur Abwertung des Geldes, z. B. bei der Umlage von 38 M auf 3,80 Mark. Es kam zu Zeitverzögerungen bei der Rückzahlung und der 1. Kassierer musste sich der Vorwürfe erwehren. Alle Zahlungen Pachten, Umlagen waren ab 1949 in Ostmark zu zahlen, der Kas- senbestand des Vereins war zu gering geworden, um kostenintensive Vorhaben zu finanzieren. Ab Oktober 1950 drängte sich der Bezirks-, bzw. Zentralverband in die finanziellen Aktionen des Ver- eins mit der Auflage, Uraltkonten dort anzumelden. Der Verein konnte bei Laubenverkäufen 3 bis 5 % Gebühren erheben.

Der 'Aufbau Berlins' wurde mit einem 'Notopfer' 1952 finanziell unterstützt und im Nationalen Auf- bauwerk mit organisierten Auftagen mit Beteiligung der Kleingärtner. 1956 wurde der Tierpark in Ostberlin aufgebaut, dazu wurden Arbeitseinsätze organisiert und Spendensammlungen von zunächst 2 Pfennigen, dann 20 Pfennige pro Mitglied erhoben

3. SOZIAL-KULTUR

"... der alte Vergnügungsausschuß bleibt, mit noch 3 Frauen dazu und appelliert dabei an die Mitglieder, irgendwie alte Sachen, Flicker und Sonstiges zum Herstellen von Sachen, Mützen ect. für unsere Kinder (...) abzugeben." (21.9.1947)

Besondere Aufmerksamkeit galt den Kindern, Alten und sozial Schwachen. 1945 wurden alte Sachen und Flicker gesammelt, um Mützen für die Kinder herzustellen. Später wurden Mützen und Papier- waren gekauft und an den Erntefesten mit Gewinn verkauft. 1950 stand die Spielwiese den Kindern vom Prenzlauer Berg während der Ferienbetreuung zur Verfügung. Im August des selben Jahres wurden 20 bedürftige Kinder aus dem Patenkindergarten eingeladen.

"Zweck und Ziel der Gründung des Sozialfonds ist die Gemeinschaft zu pflegen und zu fördern." (23.6.1945)

Der 1945 gegründete Sozialfonds speiste sich aus Abgaben der überwiegenden Anzahl von Dauer- bewohnern und 1949 (nach der Währungsreform) von jedem Mitglied monatlich 1 DM incl. 35 Pfen- nige Umlage pro Sterbefall. Die Gelder wurden für dringend benötigte Verauslagungen verwendet und standen den besonders Bedürftigen, den Rentnern, zur Verfügung. Ab 1950 erhielten in Not ge- ratene Vereinsmitglieder Finanzmittel mit Ratenrückzahlungsmöglichkeit bzw. Lebensmittel aus dem Sozialfonds. Die Sozialprüfungskommission mit den Kollegen Krause, Hartwig und Frau Steckert übernahm die Vergabe im Januar 1951. 1954 wurde der Sozialfonds in Instandsetzungs- und Unter- stützungsfonds umbenannt.

"Der komm. Vereinsleiter (...) eröffnete die Besprechung und gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung der jetzt bei den Kampfhandlungen gefallenen und verstorbenen Toten." (22.6.1945)

Ehre und Gedenken galt verstorbenen Pächtern, aber auch Hilfe den Hinterbliebenen. Bereits 1945 beschlossen die Vertrauensmänner Unterstützung von 50 Mark bei einem Sterbefall. 1948 wurde für die Ehrung des Toten die Wiedereinführung einer Delegation mit Fahne beschlossen, 1949 eine Umlage pro Sterbefall.

"... eine Statistik über Rentner und Kinder für unser Weihnachtsfest von den Wegebleuten anfertigt werden muss." (21.9.1947)

Weihnachtsfeiern boten willkommene Anlässe, um zunächst den Kindern und später auch den Rentnern etwas Gutes zu tun. 1948 erhielten die Kinder für jeweils 5 DM Spielsachen zur Bescherung. Da 1949 der Überschuss aus dem Erntefest zum Bau des Vereinshauses verwendet werden sollte, reichte es nur für eine kleine Kinderweihnachtsfeier in der Schulaula, 1951 standen 350 DM aus Vereinsmitteln und Spenden zur Verfügung, jährlich wurde der Betrag aufgestockt. Zutaten oder auch Lebensmittelkarten für Kuchen sowie Äpfel wurden für den Bunten Teller 1954 gesammelt. Ab 1955 erhielten die Alten jeweils 10 DM, Kaffee, Kuchen und Bockwurst bei Teilnahme oder bei Krankheit ein Vertreter.

"Es soll die Jugendpflege innerhalb des Vereins gefördert (...) und Turngeräte und Spielplatz geschaffen werden." (10.04.1950)

Mit der Wahl der Jugendleiterin Frau Lubenau wurde eine Kinder- und Jugendgruppe 1947 gegründet, die zu besonderen Anlässen wie Volksfest oder Goldene Hochzeit ein Programm gestalteten. 1948 kümmerten sich zwei gewählte Spielleiter um die Kinder. 1951 erhielten die Kinder ein eigenes Fest im Anschluss an das Sommerfest, das aus dessen Überschuss finanziert und welches 1953 vom Internationalen Kindertag abgelöst wurde. 1953 erhielt die Jugendgruppe im Wettbewerb den 1. Preis vom Bezirks- und den 4. Preis vom Zentralverband. Der Verein beschaffte für die Jugendgruppe 18 m Stoff für Kostüme. Im Juli 53 gefährdete die geringe Kinderbeteiligung die Vorführung der Jugendgruppe beim geplanten Volksfest am 23. August und zog eine heftige Debatte nach sich. Es wurde mehr sportliche Betätigung für die Jugendlichen gefordert. Mehrfach wechselten die Jugendleitungen in dem Bemühen um eine gute Jugendarbeit. Verleumdungen erschwerten 1957 das Verhältnis der Kinder zur Jugendleiterin Frau Mohr. Im Februar 1958 sollte unter Leitung von Koll. E. Arndt die Jugendgruppe neu aufgebaut werden, sonst würde der Verein kein Geld für den Kindertag zur Verfügung stellen.

Immer wieder wurde das Fehlen von Spiel- und Sportgeräten kritisiert. 1950 wurde ein Buddelkasten gekauft, 1954 eine Tischtennisplatte für Jugendliche und 1955 eine Kinderwippe. Der Verein nahm an Wettbewerben der Spielplätze teil.

"...rege Propaganda und restlose Beteiligung am Festumzug zum Erntefest." (18.7.1948)

Mit der Vorbereitung des traditionellen Ernte- und Kinderfestes wurde im August 1947 ein Vergnü- gungskomitee bestehend aus 5 Männern und 3 Frauen beauftragt. Eintrittskarten für das Fest kosteten für Erwachsene 1 RM und 0,50 RM für Kinder. Jeder Pächter musste zwei Pflichtkarten abnehmen. Der Verkauf an Fremde musste kontrolliert werden, dazu brauchte man intakte Tore am Kolonieein- gang. Im Ergebnis der intensiven Propaganda für das Erntefest 1948 mit einer Tombola, Mützen-, und Papierwarenverkauf sowie Obst- und Gemüsespenden konnte ein guter Überschuss erwirtschaf- tet werden, der für soziale Zwecke verwendet wurde. 1949 kamen 1010 Erwachsene und 346 Kinder

zum großen Volksfest im Juni, am 4. September folgte ein Erntefest. 1950 erhielten die schönsten drei Erntewagen Prämien von 10, 5 und 3 DM. Es folgten in den nächsten Jahren regelmäßige Sommer- und Erntefeste sowie weitere kulturelle Höhepunkte: 1951 ein Maskenball, die Lange Nacht nach der Hauptversammlung, 1952 Nachfeier auch für die Rentner, 1953 Rosenfest und eine Mond-scheinfahrt ins Blaue. Für die Umzüge, die mit Kapelle und geschmückten Wagen glanzvoll begangen wurden, erhielten die Kinder jeweils eine kostenlose Stocklaterne.

4. GARTENKULTUR

"Es wurde nochmals darauf hingewiesen, daß alle Kleingartenanlagen, welche als Dauerkleingarten ausgewiesen werden wollen, verpflichtet sind, auf die Sauberkeit der Parzellen zu achten." (23.2.58)

Gartenbegehungen, Aufforderungen, Androhungen bzw. Kündigungen ermahnten ständig die Mitglieder zur Sauberhaltung der Parzellen. 1954 belohnten Prämien die besten Gärten. Stacheldraht (1948) oder private Ausgänge an der Straßenfront zur Blankenburger Straße wurden verboten, 1950 sollte die Anpflanzung einer Hecke die Kolonie zur Blankenburger Straße abgrenzen. Der Hecken-schnitt wurde ab September 1951 auf 1,25 m vorgeschrieben. 1952 forderte der Magistrat eine stati-stische Erhebung über den Obstbaumbestand und im November 1954 referierte der Gartenfachberater Pohl zum Pflanzverbot bzw. Entfernen von Kastanien, Weiden und anderen Nicht-Nutzbäumen aus den Kleingärten.

"Es wurde beschlossen, ein Kommando der Volkspolizei beim Zentralverband zur Schießung der wilden Kaninchen zu bestellen." (26.11.50)

Vorträge über Baumschnitt, Komposthaufen, Schädlingsbekämpfung an Nutzpflanzen, Kleintierhal-tung und Rattenbekämpfung durch Behörden und Impfungen bei Hühnerpest gehörten zu regelmä-ßigen gärtnerischen Vorträgen in den Versammlungen von gewählten und geschulten Gartenobleuten bzw. Fachberatern. 1948 wurde das Weiden von Vieh wegen Verunreinigung der Spielwiese verbo-ten und die korrekte Tierhaltung angemahnt. Nur die Volkspolizei durfte übermäßig vermehrte Wild-kaninchen 1950 abschießen und 1955 musste das Auftreten der Kaninchenseuche bei der VP gemel-det werden.

"Er führte aus, daß nun die Pächter eine Tombola veranstalten wollen, dazu gehöre nun nicht nur den Arm zu erheben, sondern restlose Beteiligung an Obst- und Gemüsespenden sowie Spenden dazu aller Art." (18.7.48)

1946 ordnete das Sozialamt eine Obst- und Gemüsesammlung an, in der 11 Zentner zusammenka-men. Regelmäßige Obstsammlungen, mindestens 3 Mal im Jahr, dienten u. a. auch der Versorgung des Kinderheims Kissingenplatz oder den Kindergartenkindern, zur Versorgung Bedürftiger oder zum Verkauf. Einige Pächter schlossen sich regelmäßig von diesen Sammlungen aus. 1948 wurden Blinde von der Abgabe von Obst befreit und 1951 der eigene Verkauf von Erträgen der Kleingarten-parzellen verboten.

"Da sich in diesem Jahr keine Arbeitskräfte zur Spritzung meldeten, wurde eine Firma damit beauftragt." (29.11.53)

Zu den regelmäßigen Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen gehörten Baumspritzungen. Die Winterspritzung war Pflicht, die zunächst staatlich und 1950 in Eigenverantwortung durch ein beim Bezirksverband gemeldetes Vereinsmitglied vorgenommen werden musste. 1953 übernahm eine Firma die Winterspritzung. Darüber hinaus konnten weitere, bis zu 8 vorbeugende Spritzungen privat vorgenommen werden. 1957 erhielt der Verein als 4. Preis bei der Obstausstellung in Blankenburg eine Zerstäuberspritze.

"Jeden Dienstag ist Suchdienst für den Kartoffelkäfer." (09.7.1949)

1949 hatten sich die Kartoffelkäfer zur Plage vermehrt. Propagandisten in der DDR beschuldigten den Westen, bewusst Kartoffelkäfer abgeworfen zu haben, um die DDR zu schädigen. Zum Protest dagegen verabschiedeten 70 Anwesende der Mitgliederversammlung am 18.06.1950 eine Resolution an den Zentralverband.

"Auf Grund verschiedener Klagen seitens Vereinsmitglieder über übermäßigen Wasserbrauch durch unnötiges Sprengen der Parzellen (...) zur nächsten Vorstandssitzung geladen." (15.9.45)

Die Wasserversorgung war stets knapp, bereits im September 1945 gab es Beschwerden wegen des unnötigen Sprengens, im Sommer 1957 mussten Rasensprenger verboten werden. Jeder Pächter hatte seine Wasserabsperrhähne in Ordnung zu bringen. Bei verursachten Frostschäden musste er für den gesamten Schaden aufkommen und hatte damit zu rechnen, von der Hauptleitung abgesperrt zu werden. Trotz erschwelter Materialbeschaffung wurde von den Vereinsmitgliedern mit dem Bau der neuen Wasserleitung 1951 begonnen.

5. GEMEINSCHAFTSARBEIT

Der 1. Vorsitzende berichtete über die Tätigkeit des Vorstandes und der Mitglieder (...) und über die Arbeiten, die zum Wohle des Vereins geleistet wurden, (...) dankte allen an diesen Arbeiten beteiligten, die oft mit großen Schwierigkeiten verbunden waren... (11.01.1953)

Obwohl die Arbeitsleistungen der Vereinsmitglieder größtenteils zur Vorbereitung und Durchführung von Festen geleistet wurden, war es nach Kriegsende zunächst vordringlich, beschädigte Parzellen und Häuser in Ordnung zu bringen. Trümmer zu beseitigen, die stark beschädigte Lichtleitung zu erneuern sowie Wasserleitungen, Tore und Wege zu reparieren. 1946 wollte der Bezirksobmann den 9 Pächtern, die im Arbeitsdienst beim Aufbau der Kolonie aktiv tätig waren, ihre 'Arbeiterkarten' entziehen lassen. März 1950 halfen die Vereinsmitglieder einem in soziale Not geratenen Pächter mit einer Solidaritätsaktion bei der Winterfestmachung seine Laube.

Zur Instandsetzung der Anlagenwege wurde 1948 Schlacke besorgt und im Arbeitsdienst verteilt. Dezember 1950 mussten per Verordnung die öffentlichen Wege schnee- und eisfrei gehalten werden, das übernahmen zwei Kollegen gegen ein entsprechend festgelegtes Entgelt vom Verein. Vereinsmitglied Mohr stiftete Schneeschieber. Die Idee für eine Tanzfläche aus Beton auf der Wiese musste wegen zu hoher Kosten und Mangel an Material aufgegeben werden.

- 1951 wurden Aushangkästen angebracht, Straßenpfähle gesetzt und die Straßenbeleuchtung sowie die Wasserleitung in Angriff genommen. Straßenschilder wurden aufgestellt, die Lichtmasten imprägniert, und die Entwässerungsgräben in Ordnung gebracht.

- 1952 stand der Bau des neuen Vereinsheimes im Vordergrund, im September sollte eine Trennwand zwischen Kultursaal und Sitzungszimmer eingezogen werden.
- 1953 leisteten die Vereinsmitglieder folgende Arbeiten: Imprägnierung der Lichtmasten, Wasserleitungsbau Kupfergraben und Bergstraße, Wegebeleuchtung mit 12 Masten, für das Kulturheim: Holz-Dachrinne, Kleiderriegel, Dämmung in der Decke und Fußboden und der Bau eines Musikpavillons. Gestaltung des Festplatzes, Reinigung der Wasserabzugsgräben, Reparaturen am Licht- und Wasserleitungsnetz.
- 1954 sollte der Bau der Tanzdiele mit intensiven Arbeitseinsätzen an den Wochenenden fertiggestellt werden. Aber auch Aushub und Freilegung der alten Wasserleitung auf 3 m Länge und 1,25 m Tiefe mussten geleistet werden. Ein weiteres Projekt von Gemeinschaftsarbeit war der Musikpavillon. Das Aufstellen von Müllkästen wurde 1954 wegen fehlender Pflasterung abgelehnt.
- 1955 und 1956 wurde an der Wasserleitung im Kupfergraben gebaut.
- 1956 und 1957 erhielt das Kulturheim Putz an der Vorderansicht und eine Brüstungsmauer, der Pavillon wurde gebaut und verputzt. Die alte Freileitung wurde abgerissen.
- 1958 verlegte man die Fahnenstange, die Wegeschilder wurden gerichtet und die Tore gestrichen.

Die Mitglieder (...) bitten die Eltern, selbst ihre Pflichtstunden abzuleisten. (24.7.1955)

Zunächst waren alle Vereinsmitglieder verpflichtet, Arbeitsdienst zu leisten. 1951 wurde festgelegt, dass alle Funktionäre vom allgemeinen Arbeitsdienst befreit werden. 1952 sollten Frauen über 65, Männer über 70 und Behinderte freigestellt werden. 1955 wurden die Eltern für die Leistung von Gemeinschaftsarbeit in die Pflicht genommen, sie sollten nicht ihre schulpflichtigen Kinder zur Arbeit heranziehen.

Für das Versäumen der angesetzten Stunde soll 1,50 DM Strafe gezahlt werden, damit sollen dann alle vorkommenden Arbeiten, wie Schneefegen usw. bezahlt werden. (03.09.1950)

Verschiedene Modelle von Sanktionen sollten die Mitglieder zur Leistung ihrer Arbeitsstunden bewegen. Eine Strafzahlung von 1946 bei Nichtleistung vom Arbeitsdienst wurde im Juli 1947 drastisch verschärft durch Androhung von Kündigung nach dreimaliger ergebnisloser Mahnung. 1948 führte dreimaliges Fehlen zur Kündigung. 1949 sollte zunächst Strafe gezahlt und dann gekündigt werden. 1951 wurde durch Einführung von Arbeitsdienstkontrollkarten nachweisbar, mit welchem Einsatz die einzelnen Mitglieder - außer Ehrenmitglieder - ihren Verpflichtungen für 15 Stunden im Jahr nachkamen, Versäumnisse sollten mit 1,50 DM/Std. bezahlt werden, was im nächsten Jahr auf 1,30 DM/Std. gesenkt wurde. 1952 sollten Rückstände in der Vorjahresarbeitspflicht nachgeholt werden. 1953 benannten die Vereinsmitglieder den Arbeitsdienst in Gemeinschaftsarbeit um und beschlossen, den Stundenanteil von 15 auf 5 Stunden abzusenken. In den Versammlungen wurde heftige Kritik an den Säumigen geübt. Verschärfte Maßnahmen wurden verlangt, die beiden Vorjahre sollten nachgearbeitet werden und 1954 beschlossen die Mitglieder eine besondere Erfassung der Säumigen. In den folgenden Jahren beschlossen die Vereinsmitglieder jeweils 10 Stunden Gemeinschaftsarbeit.

6. MANGEL-WIRTSCHAFT

"... listenmäßig die Bewirtschaftung der einzelnen Parzellen erfassen mit genauen Angaben für eine spätere Zuteilung von Saatgut und Düngemitteln. (24.8.1947)

Den Wiederaufbau begleitete ständiger Mangel an Baumaterial, Saatgut und Düngemittel. Die Mängel in der Versorgung der Bevölkerung wurden nicht beseitigt, nur reglementiert. Zur Beschaffung von Kalk und Kies zur Instandsetzung der dauerbewohnten Häuser wurde 1945 eine Handwerkskameradschaft gebildet. 1949 stand den Pächtern ein freiwilliger Eintritt in die neu gegründete Wirtschaftsgenossenschaft mit 10 M Einlage und 1,50 M Beitrag offen. Diese sollte zur besseren Koordination der Beschaffung von Bau- und Futtermittel für die Mitglieder dienen, manches Mal beschaffte die HO (Handelsorganisation) Zement (1953) schneller. Im Juli 1949 wurden vom Bezirksverband Weckgläser für die Vereinsmitglieder besorgt. Die Mitglieder beschlossen 1950 nach einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Kassierer und dem 1. Vorsitzenden auch Baumaterial zu Überpreisen zu beschaffen. 1952 fehlten Dielen und Beton für den Fußboden im Kulturheim, als Kompromiss sollte die Tanzfläche mit Mauersteinen ausgelegt werden, die später ersetzt werden konnten. Die Dachrinne musste aus Brettern hergestellt werden. Ständig fehlte Dachpappe, Wasserrohr und Nutzholz. Das Beschaffte wurde nach Dringlichkeit zugeteilt. Material für die Licht- und Wasserleitung für die Anlage musste 1952 beim Zentralverband bestellt werden. Brennmaterial musste rechtzeitig bestellt werden. 1954 wurde versäumt, für das Vereinsheim beim Zentralverband welches anzumelden. Ab 1955 musste eine Freigabe für Rohbraunkohle besorgt werden.

1950 verlangte die BEWAG eine weitreichende und kostenintensive Instandsetzung der Stromleitungen mit zusätzlichen Masten, 1953 konnten keine neuen Anschlüsse wegen der bereits vollen Auslastung an das Stromnetz zugelassen werden. Die Beleuchtung des neuen Vereinshauses musste sich den Möglichkeiten anpassen. 1957 übernahm die BEWAG das Lichtnetz und erstellte im Februar 1958 ein Neues unter Verwendung von noch brauchbaren Teilen des alten Netzes.

Im Juni 1954 versprach in der Mitgliederversammlung der Stellvertretende Bürgermeister Krebs, sich persönlich um eine Dringlichkeitsbescheinigung zur Beschaffung von Material für die Beleuchtung der Anlage und um Hühnerfutter zu kümmern. 1955 gab es Hühnerfutter 10:1 gegen Eier. Lebensmittel und Genusswaren gab es nur gegen Vorlage des Personalausweises.

7. KONFLIKTE

"...es bedarf wohl keiner Aufklärung, daß ein Bereichern an Volksgut unsozial ist." (23.6.1945)

Diebstähle von Material z. B. aus der Vereinslaube, Obst und Feldfrüchten waren an der Tagesordnung, 1952 fehlten die Fahnen und Girlanden nach dem Sommerfest. Wegen der Diebstähle und vermehrten Sachbeschädigungen wurden 1945 Nachtwachen im zweistündigem Wechsel von 22 bis 6 Uhr organisiert. Ab 1949 sollten die Tore nachts und ab 1951 ab 20 Uhr verschlossen werden, die drei Heinersdorfer Ärzte erhielten Schlüssel, ebenso die Zeitungsfrau und die Polizei. Diebstähle durch Pächter wurden mit Forderungen zum Schadenersatz und in den meisten Fällen mit Kündigung der Parzelle geahndet.

"Er wird für die richtige Behandlung der ihm anvertrauten Gegenstände bei nicht guter Pflege zur Verantwortung gezogen und muß für etwa aufkommende Schäden selbst aufkommen" (16.6.45)

Für vereinseigene Anlagen wie Elektroleitungen und Maste sowie Geräte übernahmen Vereinsmitglieder Betreuungsaufträge mit persönlicher Schadenhaftung z. B. für die Büchenschließmaschine und für die 1946 gekaufte Rübenpresse. Ende 1950 übernahm der Kollege Karl Burkhardt sämtliche

Vereinsgegenstände z. B. Kücheninventar in Verwaltung. Im Januar 1953 stellte die erste Inventur die Besitztümer des Vereins erstmalig fest.

"Unter diesen Umständen kann zwischen diesen keine Zusammenarbeit mehr geleistet werden."
(24.8.50)

Eine Gemeinschaft bleibt nicht frei von Konfliktpunkten. Probleme wurden offen in den Versammlungen ausgesprochen und behandelt. Deshalb übernahmen im März 1948 drei Vereinsmitglieder Schlichtungsaufgaben in einer Kommission, die bei Streitigkeiten zwischen Vereinsmitgliedern vermitteln sollten.

Amtsanmaßung und unkollegiales Verhalten des 1. Vorsitzenden Hoffmann, Beleidigungen und 'Missverständnisse' mit seinen Vorstandsmitgliedern führten öfter zur Verweigerung der weiteren Zusammenarbeit und Niederlegung von Vorstandsfunktionen. Wegen einer Wasserrohrrechnung und der Einmischung der Frau Kroll in Vereinsangelegenheiten kam es 1949/1950 zu massiven Auseinandersetzungen zwischen dem 1. Vorsitzende und dem Kassierer Kroll bis hin zum Rauswurf vom Grundstück. 1952 wurde Karl Burkhardt unberechtigt beschuldigt, beim Eindecken des Vereinsheims Dachpappe gestohlen zu haben. 1955 sollte Koll. Stude das fehlende Wasserrohr im Kupfergraben verschoben haben.

"... beschwerte sich, daß man ihr nicht ehrlich und offen mitteilte, wer sich über das Heutrocknen auf der Kreuzung Haupt-Mittelstraße beim Vorstand beschwert hat." (18.10.1953)

Schadenersatzforderungen für von Hühnern verursachten Schäden, Appelle gegen die Zunahme von Katzen und Leinenzwang für Hunde sowie das Anbringen von Briefkästen, Nummern- und Namensschilder an jeder Parzelle, Beseitigung von überhängenden Zweigen zu Nachbargrundstücken mit Zeugen, Unkraut auf den Wegen, vergiftete Hunde, Bierflaschendiebstahl und das Fehlen von 45 Schnapsgläsern nach der Nachfeier wurden in den Versammlungen behandelt.

"Eine lebhaftige Aussprache brachte das Betragen der Jugendlichen," (11.4.53), **"... besonders fremder Jugendlicher"** (26.4.53)

Immer wieder beschwerten sich Pächter über undisziplinierte Kinder, die mutwillig zerstörten, stahlen, störten und sich sonst ungebührlich betrugten. Die Eltern wurden regelmäßig in den Versammlungen ermahnt und sogar bei besonderen Vorkommnissen von Kündigung bedroht, wenn sie ihre Aufsichtspflicht vernachlässigten. So gab es z. B. 1950 den Antrag, dass mutwilliges Entfernen von Bekanntmachungen, auch durch Kinder; mit einer fristlosen Kündigung geahndet werden sollte.

In einem besonderen Fall ging es 1955 um Gerhard Mohr, der erst 18-jährig, unverheiratet und allein auf einer eigenen Parzelle, aus dem Verein ausgeschlossen werden sollte, um **"Schluss mit dem Halbstarcken zu machen, man hätte schon am alten Mohr genug!"** Im Gegenzug verlangte der 'alte Mohr' den Ausschluss des Verleumders Kroll für drei Jahre.

"Das Radfahren auf unserem Gelände, das manchenmal in Straßenrennen der Jugendlichen ausartet, löste eine sehr starke Diskussion aus." (16.8.52)

Um die Verkehrssicherheit auf den Wegen der Kolonie besorgt, wurde im August 1952 zunächst eine Einschränkung des Radfahrens gefordert und am 26. April 1953 grundsätzlich das Befahren mit Fahrrädern verboten. Die Kfz sollten nachts auf der Wiese abgestellt werden. Im Oktober 1957 wurde das Fahrverbot auf Motorräder erweitert, nachdem es Beschwerden gab, dass Autos und Motorräder nicht angemessen im Schritttempo fahren.

8. POLITIK

Zur Förderung des Kampfes um den Frieden wurde die Aufstellung einer Friedenstafel an der Haupt-Ecke Hochstr. beschlossen. (10.02.51)

Die Vereinsarbeit beschränkte sich nicht nur auf interne Lösungen von kleingärtnerischen Problemen, es standen bereits in den ersten Jahren grundsätzlich auch politische Themen auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlungen.

Während 1945 die Entlarvung und Vertreibung der Mitglieder der NSDAP und Prüfung von SA-Mitgliedschaften die Aufarbeitung der Vergangenheit beherrschte, wurde der politische Weg auf dem Territorium des sowjetisch besetzten Ostsektors mit der Kampagne zur antifaschistischen Willensbildung begonnen, indem der Vorstand im August 1945 einer 'Antifa-Partei' beitreten sollte. Kamerad Daniel wurde wegen seiner Kurzzugehörigkeit zur SA auf der Parzelle geduldet und sollte ebenfalls Antifa-Mitglied werden.

Regelmäßig nahmen Vertreter vom Bezirks-, Kreis- und Zentralverband an den Versammlungen teil und berichteten zur Lage der Nation oder über Bezirksbeschlüsse. Von den Vereinsmitgliedern gab es gleichfalls Vorträge. August 1949 enthielt ein ausführliches Referat um das Thema Einheit Deutschlands und gerechter Frieden den Aufruf zum Friedenstag am 1. September. Betriebsangehörige sollten aufmarschieren und Rentner und Kinder sich an einem Marsch zum Heinersdorfer Krug beteiligen. Noch im August 1949 gab es Protest zur Tagesordnung wegen der Einflechtung politischer Vorträge in die Mitgliederversammlungen. Am 2. Oktober, 5 Tage vor der Gründung der DDR, wurde in der Mitgliederversammlung nur über kleingärtnerische Belange gesprochen. In der ersten protokollierten Generalversammlung am 19. März 1950 fand dieses politische Ereignis keinerlei Erwähnung.

Ab 1950 wurde der politische Druck vom Zentralverband, Bezirksverband und von der Nationalen Front intensiviert. Der Wille zur Einheit von Ost und West und der Kampf der Kleingärtner um den Frieden im Bericht des Bezirks- und Zentralverbandes zog die Gründung eines Friedenskomitees aus den Mitgliedern Pilz, Daniel, H. Burkhardt und Mohr am 1. April 1951 nach sich. Die Komiteemitglieder riefen u. a. zur Buntmetallsammlung und zur Quartierwerbung und Ausschmückung der Anlage für die Weltjugendfestspiele 1951 und für die Weltjugendfestspiele 1953 in Budapest auf. Ein Streitgespräch zum Tragen von Pionierkleidung auch zu privaten Anlässen wurde als Vorrecht der demokratischen Jugend erklärt. Mai 1954 stand die Quartierbeschaffung zum 2. Deutschlandtreffen an.

Referate zur Remilitarisierung, Aufstellung von 'Atomkanonen' durch die Adenauerregierung 1954, zu Wasserstoff- und Atomversuchen im Pazifik durch die USA im Februar 1958, Fragen zur Abrüstung und Schaffung einer atomfreien Zone in Mitteleuropa sowie Kriegstreiberien waren weltpolitische Themen. Vorträge zur Volksabstimmung, über das Nationale Aufbauprogramm von Berlin, über den friedlichen Aufbau der DDR und zu den Gedenktagen für die Opfer des Faschismus und zur Deutsch-Sowjetische Freundschaft beeinflussten die politische Bildung.

...vom Bezirksverband sprach sehr ausführlich und führte nochmals aus, daß Ost und West zusammengehören und daß niemand dran denke, Westberlinern zu kündigen." (14.01.51)

Anfang 1951 beinhaltete ein Rundschreiben des Zentralverbandes Informationen zum Kündigungsschutz für Westberliner. Obwohl noch bis zum Oktober 1951 in allen Willensbekundungen auf Versammlungen und Kongressen der Kleingärtner und sogar in der Volkskammer einmütig der "*Wille des Volkes zur Einheit Deutschlands und Erhaltung des Friedens*" bekundet wurde, kam es immer

häufiger zu Verordnungen und Repressalien gegen Westberliner Vereinsmitglieder. Ab Juni 1952 durften die Vereinsmitglieder mit Wohnsitz im Westsektor täglich nur 2-3kg Obst von ihrer Parzelle mitnehmen, größere Mengen nur mit Warenbegleitschein. Im April 1953 wurde der Laubenverkauf an Westberliner verboten, 1954 konnten Republikflüchtige ihre Parzellen 'verschenken'. 1955 mussten Geräte, die zwischen den Grenzen durch Westberliner Vereinsmitglieder transportiert werden sollten, registriert werden, die Mitnahme von Obst und Gemüse wurde auf 3 kg beschränkt.

"... stellte Koll. K. Burkhardt die konstruktive Forderung, eine einheitliche Ernährungsgrundlage für alle Bevölkerungskreise und Schichten zu schaffen, um der leidigen Geschenkpakete wirksam zu begegnen." (13.9.53)

Im September 1953 entzündete sich eine heftige Diskussion um die Geschenkpaketaktion durch die USA. Frau Arndt wehrte sich gegen die Kündigung aus betrieblichen Gründen mit dem Argument, sie habe sich ein Geschenkpaket geholt und mit ihren Arbeitskolleginnen gemeinsam verzehrt und es habe allen gut geschmeckt! Frau Stude bezeichnete sie unter Gelächter der Anwesenden als dusslig. Kollege Wende erzählte von einem Vorkommnis bei einer Straßenkontrolle, bei der in einer Milchbüchse aus einem Geschenkpaket Sprengpulver gefunden wurde, die sofort in den Westsektor zurück geschickt worden wäre. Kollege Stude forderte eine öffentliche Brandmarkung von allen, die sich ein "Ami-Paket" holen würden, sowie die Meldung bei den Straßenobleuten zur Sperrung der Lebensmittelkarten. Der Antrag wurde von den Mitgliedern abgelehnt.

"Wir begrüßen die Maßnahmen unserer Regierung zur besseren Versorgung der Bevölkerung, sowie die Anstrengungen zur friedlichen Lösung der Deutschlandfragen und sprechen der Regierung das Vertrauen aus." (Resolution der Vereinsmitglieder zur Versammlung zu den Ereignissen "Aufstandes am 17. Juni 1953, 28.06.1953)

Als sich die wirtschaftliche und politische Lage zuspitzte, wurden Referenten von der Nationalen Front eingeladen. Im Februar 1952 stand die kritische wirtschaftliche Lage in der DDR und dem Demokratischen Sektor Berlins bei der Lebensmittelbeschaffung im Mittelpunkt der Diskussion. Die ständigen Beschwerden der Mitglieder über die andauernden Mängel bei der Beschaffung von Lebensmitteln, Baumaterialien und Futtermitteln wurden zunächst als Meckerei abgetan, wenig später aber als gewünschte Kritik zur Information für die Regierung als *"Wunsch und Wille der arbeitenden Massen"* deklariert. Nach den Arbeiteraufständen am 16./17. Juni 1953 berichtete in einer schwach besuchten Versammlung der Referent der Nationalen Front Nolte am 28.6. über Ursachen und Auswirkungen der Vorkommnisse. *"Fehler der Regierung und der SED, die die Kritik des Volkes ungenügend beachtet und Fehlentscheidungen nicht rechtzeitig beseitigt haben,"* wurden zugegeben. *"Aber die Willenskundgebungen der Berliner Arbeiterschaft wurden für den sogenannten Tag X ausgenutzt. Dank dem Eingreifen der SU und durch die Verlängerung des Ausnahmezustandes war es möglich, dass die Regierung zum Wohle des Volkes weiter arbeiten konnte."* Mit scharfen Worten wurde diskutiert, wobei der Wunsch nach schneller Beseitigung der Fehler zur Verbesserung der Lebenslage besonders der arbeitenden Bevölkerung und der Rentner verlangt wurde. Die Anwesenden beklagten sich über die schlechte Gemüseverteilung und das schnelle Verderben wegen der schlechten Planung sowie die sinnlose Vernichtung von Baumaterial in der Quarzschmelze in Heinersdorf. Eine Resolution wurde verabschiedet, die der Regierung das Vertrauen aussprach.